

600 Polizisten jagen 31 Ausweise

Razzia Brunnenstraße 183 am 1. 8. 2007

Auszüge Presse & Internet 1. 8. 2007

- ❖ Abendschau
- ❖ SAT1
- ❖ N24
- ❖ Netzeitung
- ❖ Tagesspiegel
- ❖ Berliner Umschau
- ❖ Indymedia
- ❖ Ad-Hoc-News
- ❖ Yahoo Deutschland
- ❖ TVB
- ❖ Schweineherbst
- ❖ Abriss Date
- ❖ Kewego



Hintergrund: Häuserkampf als Vater-Sohn-Konflikt?

600 Beamte sind nötig, um festzustellen, wer in den 24 Wohnungen der Brunnenstraße lebt? 25 Polizisten für jede Haustür. Klingt abenteuerlich. Verständlich ist die Aufregung nur im Zusammenhang des jahrzehntelangen Berliner Häuserkampf. Die "Personenfeststellung" von heute ist die Vorstufe zur Räumung. Und das birgt Stoff für handfeste Auseinandersetzungen. Die Polizei hat Sorge, dass es zu "Solidarisierung" kommt. Soli mit wem? Dahinter steckt die in Berlin heftig geführte Auseinandersetzung um "Freiräume." Der Konflikt in der Brunnenstraße hat eine pikante persönliche Note: Der neue Eigentümer, der jetzt die Polizei zu Hilfe rief, ist der Vater des in der Berliner Antifa-Szene bekannten Aktivisten Michael Kronawitter, der sich immer wieder dem Kampf um bezahlbaren Wohnraum verschreibt. Eine Koinzidenz, die es sich lohnt, genauer zu betrachten.

Michael Kronawitter hat sich als Aktivist zur Organisation der Revolutionären 1. Mai Demonstration in Kreuzberg einen Namen gemacht. Zuletzt war Michael Kronawitter im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm festgenommen worden - und hatte dagegen demonstriert.

Das selbst ernannte politische Wohnprojekt "Brunnen 183" beansprucht ein Recht auf "Freiraum". Das ist die Fortschreibung der Hausbesetzer-Philosophie, nachzulesen bei der Stiftung Freiräume. Im Prinzip geht es darum, Möglichkeiten von bezahlbarem Wohnraum zu erhalten, auch wenn es den Eigentümer-Interessen zuwider läuft.

Nun hat sich Manfred Kronawitter aus Passau dieses Haus in der Brunnenstraße gekauft und ist damit in den Konflikt eingestiegen. Denn hierbei - so sehen es die Bewohner - handelt es sich nicht etwa um ein gewöhnliches Wohnhaus, für das man Miete verlangen könnte, sondern um ein politisches und soziales Projekt. Sein Sohn Michael Kronawitter, der bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen als Kandidat für die WASG antrat und in der Berliner Antifa-Szene bestens bekannt ist, steht Hausbesetzungen grundsätzlich offen gegenüber. Bei www.kandidatenwatch.de hat er sich auch lautstark zu den Problemen mit "wild gewordenen Wohnungsspekulanten, die fernab jeder öffentlicher Kontrolle teilweise sogar kriminell agieren" geäußert. Ob er das mit seinem Vater diskutiert hat? Michael Kronawitter hat mit dem Projekt Brunnenstraße nichts zu tun, aber eine Soli-Adresse ist den dortigen Bewohnern gewiss. Schließlich hat sich Michael Kronawitter in der Berliner Antifa einen Namen erarbeitet. Auch in diesem Jahr hat er die "Revolutionäre 1. Mai Demo" organisiert. Beim Anti-G8-Protest geriet er in die Schlagzeilen, als er auf dem Weg zu einem Blockadepunkt von der Polizei abgefangen und festgenommen wurde. Kronawitter war nach eigenen Angaben als Arzt im Einsatz, um Protestlern im Ernstfall Erste Hilfe zu leisten. Gegen seine Festnahme haben er und andere Aktivisten scharf protestiert.

Michael Kronawitter geht es wie vielen seiner Mitstreiter darum, Freiräume zu erkämpfen gegen eine in den Augen der Aktivisten übergreifende Staatsgewalt. Womit wir wieder beim Polizei-Einsatz in der Brunnenstraße wären: Aus Angst, den Proteststurm zu entfachen, weil in den Augen der Bewohner eine soziale Nische verloren geht, ist die Polizei massiv vorgegangen. 600 Beamte sichern das Eigentum von Dr. Manfred Kronawitter. Es mutet wie ein Vater-Sohn-Konflikt an. Denn Vater Kronawitter ist sauer darüber, dass er sein gutes Recht nicht durchsetzen darf. Nach dem Motto: Ich hab's versucht. "Selbst zum Gespräch am Runden Tisch wollten die meisten BewohnerInnen der Brunnenstraße anonym bleiben", schreibt er heute in seiner Presseerklärung. "Konfrontation und Verweigerung, Verwirrung stiften und Zeitverzögerungen produzieren, den Zivilrechtsweg aushebeln, so sieht die Strategie des Projekt Brunnenstraße 183 aus," heißt es weiter. Vater Kronawitter hat keine Lust auf das "jetzige Wehgeschrei". Schließlich habe er es lange genug versucht, mit den Freiraum-Aktivisten ins Gespräch zu kommen. "Es gibt keine anonyme Zivilgesellschaft!", ist sein Resümee. Als hätte er die Nase voll von den Vokabeln der linksautonomen Szene.

Der Häuserkampf als Vater-Sohn-Konflikt? Die Abendschau hat Hauseigentümer Dr. Manfred Kronawitter am Telefon erreicht. Ob Aktivist Kronawitter mit seinem Vater über das Gezerre um das Eigentum diskutiert hat? "Kein Kommentar." Von mir zum aufwändigen Polizeieinsatz befragt, sagte Kronawitter: "In Polizeiangelegenheiten mische ich mich nicht ein. Wenn die Polizei das für angebracht hält, ist das bestimmt richtig."

Das Streitgespräch zwischen Vater und Sohn wäre bestimmt spannend. Denn darin könnte der in Berlin seit Jahrzehnten schwelende Häuserkampf letztverbindlich stellvertretend ausdiskutiert werden. Vater Kronawitter sieht sich als ganz normalen Eigentümer, der sogar aufgeschlossen für den Erhalt des "sozial ausgewogenen Angebots" eintritt, wie er sich in der Presseerklärung ausdrückt. Aber sowas will Michael Kronawitter bestimmt nicht hören. Denn schließlich geht es ihm um den Erhalt von Nischen-Projekten wie der Brunnenstraße 183.

Es ist ein Vater-Sohn-Konflikt im übertragenen Sinne. Der Vater als Eigentümer, der sein gutes Recht einklagt, auf der einen Seite. Und der erwachsene Sohn, der auf Augenhöhe einfordert, dass es Wichtigeres gibt als Geld zu verdienen. Solange Vater und Sohn im übertragenen Sinne nicht miteinander sprechen, bleibt die Konfliktbewältigung aussichtslos. Denn - auch das ist typisch für einen Vater-Sohn-Konflikt: Beide Seiten fühlen sich vehement im Recht. Was den Häuserkampf betrifft, ist das ein alt eingeübtes Berliner Ritual. Für das dann 600 Polizisten im Einsatz sind.

Kommentare (4)

Jens Herrmann (Mieter B183) meinte am 02.08.2007 00:35 [Permalink](#)

Kalr, kannst Du das so sehen. Aber vergiß nicht: Wir sind Mieter in der Brunnenstrasse 183 - nicht Hausbesetzer! Und da liegt der Fehler im System Kronawitter. Wir werden die Prozesse gewinnen. Und der Kampf mit Kronawitter ist nicht nur einer um Freiräume und Alternativen in der Stadt (der ja ohnehin aufgrund der inzwischen herrschenden Einöde in mitte nötig ist) sondern auch einer um Mieterrechte, um den Polizeistaat, der die Bürger in ihren Wohnungen unter Generalverdacht stellt und friedliche Punker und Alternative zu Bombenlegern aufbauscht. Es ist auch ein Kampf um Amtsgerichte die ganze Häuser zur Personalien-Razzia freigeben, obwohl andere Amtsgerichte bereits über die identitäten der BewohnerInnen bescheid wissen und Prozesse in deren Sachen führen... und wieder andere Amtsrichter meinen, sie seien gar nicht zuständig und versuchen ihre Prozesse ans Landgericht abzugeben. Welches dann erzürnt urteilt, dass diese Entscheidung der Landgerichte jeder Grundlage entbeere. Der Fall Brunnenstrasse 183 legt noch viel viel mehr frei an den unverfrohenheiten unser "demokratischen", "freiheitlichen" und vor allem "prfitorientierten" Alltagsrealität. Das ist aber dann kein Vater-Sohn Konflikt mehr, sondern einer "ums Ganze".

Zusatzinfo meinte am 02.08.2007 00:38 [Permalink](#)

Um der Stigmatisierung als Dealer-Haus etc. zuvor zu kommen. Der Mensch, der mit großem Pomp festgenommen wurde wegen ausstehendem "Haftbefehl" hatte schlichtweg seine Post nicht bekommen und deshalb eine Strafe nicht gezahlt. Nachdem er das Geld bei der Polizei zahlte, kam er unmittelbar wieder auf freien Fuß. Es war eine kleine Sache, wie sie in dieser Stadt alltäglich passiert.

Holger Brüggemann meinte am 02.08.2007 08:21 [Permalink](#)

Ungeachtet der Diskussion um "Freiräume" und "Wohnprojekte" etc. ist für mich auffällig, dass das Haus heruntergekommen aussieht und u.a. durch zerbrochene Fensterscheiben etc. einen verloderten Eindruck macht. Es ist einfach kein schöner Anblick.

Weiß der Geier, wer da drinnen wohnt und welche Ziele diese Leute verfolgen. Wenn es um preiswerten Wohnraum geht, sollte man beachten, dass es diesen an vielen anderen Stellen in und um Berlin gibt.

Im Ergebnis wurde durch diesen Polizeigrößeinsatz ein weiteres Mal Steuergeld des Landes vergeudet; insgesamt eine sehr unbefriedigende Show, was in der Brunnenstr. 183 passiert.

Holger Brüggemann

Deutscher Mischl meinte am 02.08.2007 08:24 [Permalink](#)

Ja genau so schaut´s aus die Rechte der Bürger werden soweit eingeschränkt mit der Staatlichen Gewalt das die Bürger in Angst leben und so in aller Ruhe im Hintergrund langsam aber sicher die Staatliche Gewalt (NWO Die neue Weltordnung) Polizei aber Armee siehe G8 gegen einfache Bürger eingesetzt wird um sie zu Kontrollieren ich fühle mit allen Bewohnern. Ich bin selbst schon unschuldig Opfer dieser Gewalt geworden und das ist garnicht so einfach in unserem "Rechtsstaat" dagegen was zu machen man ist eben nur ein Laibeigener des Staates alle grundrechte etc. werden aufgehoben um die sache ohne folgen durchziehen zu können. Ich kann euch nur raten soweit es geht dagegen anzugehen und euch es nicht gefallen zu lassen.

Weiter siehe auch: http://blog.rbb-online.de/roller/abendschaublog/entry/polizei_razzia_in_hausprojekt

SAT1

1. August 2007

Kritik an Großeinsatz der Berliner Polizei

Die Berliner Polizei hat am Mittwoch in einem Großeinsatz das alternative Hausprojekt Brunnenstraße 183 in Berlin-Mitte durchsucht. Rund 600 Beamte waren im Einsatz. Sie sollten auf Anordnung des Amtsgerichts Tiergarten feststellen, wer sich in dem Gebäudekomplex aufhält.

Dies teilte eine Polizeisprecherin mit. In dem Gebäude ist auch der "Umsonstladen".



600 gegen 31

Bei der Aktion wurden laut Polizei 31 Personen angetroffen. Ein Mann sei festgenommen worden, da wegen eines Drogendelikts ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Weil die Brunnenstraße stundenlang gesperrt war, kam es zeitweise zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Außer den Polizeibeamten erschienen auch Mitarbeiter der Energieversorger Vattenfall und Gasag in dem Haus. Sie überprüften Leitungen und Zähler. Nach Behördenangaben wurde ein Strafverfahren wegen Stromdiebstahls eingeleitet. Das Gas war schon abgestellt. Die Grünen kritisierten den Einsatz so vieler Polizisten als überzogen. "Delikat ist auch, dass die Berliner Polizei nichts Besseres zu tun hat, als mit 600 Mann die Interessen einer Privatperson zu schützen", erklärte der Grünen-Abgeordnete Benedikt Lux in einer Pressemitteilung. Seit Jahren beschwere sich die Polizei über mangelnde Ausstattung und zu wenig Personal. Doch dieser Einsatz zeige, dass falsche Schwerpunkte gesetzt würden.

Großaufgebot verteidigt

Polizeipräsident Dieter Glietsch verteidigte das Großaufgebot. "Unsere Erfahrungen mit vergleichbaren Anlässen in der Vergangenheit haben uns gelehrt, dass man Probleme bei der Durchführung vermeiden kann, wenn man ausreichend starke Kräfte für alle Eventualitäten vorhält", sagte Glietsch dem rbb-Sender radioBerlin 88,8. Dies versetze die Polizei in die Lage, ohne Zwangsmittel vorzugehen. In der Brunnenstraße 183 im Sanierungsgebiet Rosenthaler Vorstadt wohnen seit Mitte der 90er Jahre im Durchschnitt etwa 30 Alternative. Das Vorderhaus beherbergt seit 2001 den so genannten Umsonstladen, in dem nicht mehr benötigte Artikel aller Art an Leute abgegeben werden können, die dafür noch Verwendung haben. Bestrebungen der Hausgemeinschaft, das Gebäude selbst zu kaufen, waren gescheitert. Seit Januar 2006 hat der Gebäudekomplex aus Vorderhaus, Seitenflügel und Hinterhaus einen neuen Privateigentümer aus Passau, der das Anwesen sanieren lassen will. Dagegen wenden sich die Hausbewohner. Sie fordern seit Monaten Verhandlungen über die Zukunft des Hausprojekts und berufen sich darauf, dass in dem Sanierungsgebiet Altbauerneuerungen mit den Betroffenen abgestimmt werden müssten.

Eigentümer macht Angebote

Der Eigentümer hält sein Haus für teilweise besetzt. Er hatte sich beklagt, nicht zu wissen, wer in welcher Wohnung wohnt. Am Mittwoch erneuerte er sein im März vorgelegtes Angebot. Der bisher im Haus lebende und gemeldete Rentner könne auch nach der Sanierung bleiben, hieß es in einer Presseerklärung. Übrige Bewohner, die am 30. Januar 2007 hier ihren Wohnsitz hatten, würden bevorzugt Mietverträge erhalten, die sich am Mietzins einer Genossenschaftswohnung orientieren. Voraussetzung sei, dass die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie Umsetzwohnungen akzeptiert würden. Für den "Umsonstladen" könnten für eine kurze Übergangsfrist günstige Sonderkonditionen vereinbart werden. (dpa)

(N24.de, Netzeitung)

1. August 2007

Kritik an Großeinsatz der Berliner Polizei

Die Berliner Polizei hat am Mittwoch in einem Großeinsatz das alternative Hausprojekt Brunnenstraße 183 in Berlin-Mitte durchsucht. Rund 600 Beamte waren im Einsatz. Sie sollten auf Anordnung des Amtsgerichts Tiergarten feststellen, wer sich in dem Gebäudekomplex aufhält. Dies teilte eine Polizeisprecherin mit. In dem Gebäude ist auch der "Umsonstladen".

600 gegen 31

Bei der Aktion wurden laut Polizei 31 Personen angetroffen. Ein Mann sei festgenommen worden, da wegen eines Drogendelikts ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Weil die Brunnenstraße stundenlang gesperrt war, kam es zeitweise zu erheblichen Verkehrsbehinderungen.

Außer den Polizeibeamten erschienen auch Mitarbeiter der Energieversorger Vattenfall und Gasag in dem Haus. Sie überprüften Leitungen und Zähler. Nach Behördenangaben wurde ein Strafverfahren wegen Stromdiebstahls eingeleitet. Das Gas war schon abgestellt.

Die Grünen kritisierten den Einsatz so vieler Polizisten als überzogen. "Delikat ist auch, dass die Berliner Polizei nichts Besseres zu tun hat, als mit 600 Mann die Interessen einer Privatperson zu schützen", erklärte der Grünen-Abgeordnete Benedikt Lux in einer Pressemitteilung. Seit Jahren beschwere sich die Polizei über mangelnde Ausstattung und zu wenig Personal. Doch dieser Einsatz zeige, dass falsche Schwerpunkte gesetzt würden.

Großaufgebot verteidigt

Polizeipräsident Dieter Glietsch verteidigte das Großaufgebot. "Unsere Erfahrungen mit vergleichbaren Anlässen in der Vergangenheit haben uns gelehrt, dass man Probleme bei der Durchführung vermeiden kann, wenn man ausreichend starke Kräfte für alle Eventualitäten vorhält", sagte Glietsch dem rbb-Sender radioBerlin 88,8. Dies versetze die Polizei in die Lage, ohne Zwangsmittel vorzugehen.

In der Brunnenstraße 183 im Sanierungsgebiet Rosenthaler Vorstadt wohnen seit Mitte der 90er Jahre im Durchschnitt etwa 30 Alternative. Das Vorderhaus beherbergt seit 2001 den so genannten Umsonstladen, in dem nicht mehr benötigte Artikel aller Art an Leute abgegeben werden können, die dafür noch Verwendung haben. Bestrebungen der Hausgemeinschaft, das Gebäude selbst zu kaufen, waren gescheitert. Seit Januar 2006 hat der Gebäudekomplex aus Vorderhaus, Seitenflügel und Hinterhaus einen neuen Privateigentümer aus Passau, der das Anwesen sanieren lassen will.

Dagegen wenden sich die Hausbewohner. Sie fordern seit Monaten Verhandlungen über die Zukunft des Hausprojekts und berufen sich darauf, dass in dem Sanierungsgebiet Altbauerneuerungen mit den Betroffenen abgestimmt werden müssten.

Eigentümer macht Angebote

Der Eigentümer hält sein Haus für teilweise besetzt. Er hatte sich beklagt, nicht zu wissen, wer in welcher Wohnung wohnt. Am Mittwoch erneuerte er sein im März vorgelegtes Angebot. Der bisher im Haus lebende und gemeldete Rentner könne auch nach der Sanierung bleiben, hieß es in einer Presseerklärung. Übrige Bewohner, die am 30. Januar 2007 hier ihren Wohnsitz hatten, würden bevorzugt Mietverträge erhalten, die sich am Mietzins einer Genossenschaftswohnung orientieren. Voraussetzung sei, dass die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie Umsetzwohnungen akzeptiert würden. Für den "Umsonstladen" könnten für eine kurze Übergangsfrist günstige Sonderkonditionen vereinbart werden. (dpa)



Kritik an Großeinsatz der Berliner Polizei

01. Aug 19:40

Ein Polizeieinsatz (Archivbild) Foto: dpa

Für eine Hausdurchsuchung machte die Berliner Polizei 600 Mann mobil. Sie traf dann aber nur auf etwa 30 Alternative - jetzt hagelt es Proteste. Die Berliner Polizei hat am Mittwoch in einem Großeinsatz das alternative Hausprojekt Brunnenstraße 183 in Berlin-Mitte durchsucht. Rund 600 Beamte waren im Einsatz. Sie sollten auf Anordnung des Amtsgerichts Tiergarten feststellen, wer sich in dem Gebäudekomplex aufhält. Dies teilte eine Polizeisprecherin mit. In dem Gebäude ist auch der «Umsonstladen».

600 gegen 31

Bei der Aktion wurden laut Polizei 31 Personen angetroffen. Ein Mann sei festgenommen worden, da wegen eines Drogendelikts ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Weil die Brunnenstraße stundenlang gesperrt war, kam es zeitweise zu erheblichen Verkehrsbehinderungen.

Außer den Polizeibeamten erschienen auch Mitarbeiter der Energieversorger Vattenfall und Gasag in dem Haus. Sie überprüften Leitungen und Zähler. Nach Behördenangaben wurde ein Strafverfahren wegen Stromdiebstahls eingeleitet. Das Gas war schon abgestellt.

Die Grünen kritisierten den Einsatz so vieler Polizisten als überzogen. «Delikat ist auch, dass die Berliner Polizei nichts Besseres zu tun hat, als mit 600 Mann die Interessen einer Privatperson zu schützen», erklärte der Grünen-Abgeordnete Benedikt Lux in einer Pressemitteilung. Seit Jahren beschwere sich die Polizei über mangelnde Ausstattung und zu wenig Personal. Doch dieser Einsatz zeige, dass falsche Schwerpunkte gesetzt würden.

Großaufgebot verteidigt

Polizeipräsident Dieter Glietsch verteidigte das Großaufgebot. «Unsere Erfahrungen mit vergleichbaren Anlässen in der Vergangenheit haben uns gelehrt, dass man Probleme bei der Durchführung vermeiden kann, wenn man ausreichend starke Kräfte für alle Eventualitäten vorhält», sagte Glietsch dem rbb-Sender radioBerlin 88,8. Dies versetze die Polizei in die Lage, ohne Zwangsmittel vorzugehen.

In der Brunnenstraße 183 im Sanierungsgebiet Rosenthaler Vorstadt wohnen seit Mitte der 90er Jahre im Durchschnitt etwa 30 Alternative. Das Vorderhaus beherbergt seit 2001 den so genannten Umsonstladen, in dem nicht mehr benötigte Artikel aller Art an Leute abgegeben werden können, die dafür noch Verwendung haben. Bestrebungen der Hausgemeinschaft, das Gebäude selbst zu kaufen, waren gescheitert. Seit Januar 2006 hat der Gebäudekomplex aus Vorderhaus, Seitenflügel und Hinterhaus einen neuen Privateigentümer aus Passau, der das Anwesen sanieren lassen will.

Dagegen wenden sich die Hausbewohner. Sie fordern seit Monaten Verhandlungen über die Zukunft des Hausprojekts und berufen sich darauf, dass in dem Sanierungsgebiet Altbauerneuerungen mit den Betroffenen abgestimmt werden müssten.

Eigentümer macht Angebote

Der Eigentümer hält sein Haus für teilweise besetzt. Er hatte sich beklagt, nicht zu wissen, wer in welcher Wohnung wohnt. Am Mittwoch erneuerte er sein im März vorgelegtes Angebot. Der bisher im Haus lebende und gemeldete Rentner könne auch nach der Sanierung bleiben, hieß es in einer Presseerklärung. Übrige Bewohner, die am 30. Januar 2007 hier ihren Wohnsitz hatten, würden bevorzugt Mietverträge erhalten, die sich am Mietzins einer Genossenschaftswohnung orientieren. Voraussetzung sei, dass die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie Umsetzwohnungen akzeptiert würden. Für den «Umsonstladen» könnten für eine kurze Übergangsfrist günstige Sonderkonditionen vereinbart werden. (dpa)

1. August 2007

Hausdurchsuchung

Polizeirazzia in Brunnenstraße

In Berlin-Mitte haben 600 Polizisten die Brunnenstraße gesperrt, um die Bewohner eines alternativen Wohnprojektes überprüfen zu können.

Der Eigentümer will wissen, ob jemand illegal in seinem Haus lebt.

Rund 600 Beamte überprüfen seit Mittwochmorgen in einem alternativen Wohnprojekt in Berlin-Mitte die Identität der Bewohner. Bei der Durchsuchung wegen des Verdachts auf Hausfriedensbruch seien 31 Personen angetroffen worden, sagte eine Polizeisprecherin. Bislang ist die Aktion in der Brunnenstraße 183, die um 7 Uhr begann, friedlich verlaufen. Gegen einen Bewohner sei ein vorliegender Haftbefehl wegen Drogenbesitzes vollstreckt worden. Die Sprecherin betonte, dass das Wohnprojekt nicht geräumt werde. Vielmehr bestünde der Verdacht, dass einige Bewohner das Haus unrechtmäßig nutzen würden und auch keine Mietverträge vorlägen, sagte sie.

Hintergrund der Aktion ist den Angaben zufolge ein Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Tiergarten, den der neue Eigentümer des vierstöckigen Mietshauses, der Passauer Arzt Manfred Kronawitter, erwirkt hatte. Nach Feststellung der Personalien können die Bewohner in dem Haus bleiben. Kronawitter betonte in einer Mitteilung, die Aktion sei "überfällig". Die Bewohner des Hauses hätten selbst bei mehreren Gesprächsrunden über die Zukunft des Wohnprojekts ihre Identität geheim gehalten.

Sanierungsmaßnahmen und Umsetzwohnungen sollen folgen

In dem Haus hatte sich nach Angaben der Bewohner Mitte der 90er Jahre ein alternatives Wohnprojekt gebildet. In ihm lebten Künstler und Studenten. Gemeinsam würden sie das Haus selbst verwalten.

Im Januar 2006 scheiterte den Angaben der Bewohner zufolge eine Zwangsversteigerung der Immobilie vor dem Amtsgericht Mitte. Der bisherige Eigentümer, die Eurohypo Bank AG, habe die Aktion damals abgesagt und das Haus an einen privaten Investor verkauft. Im Vorfeld habe die Bank ein Angebot der Bewohner abgelehnt, mit ihnen über einen Verkauf zu verhandeln, heißt es auf der Internetseite des Projekts.

Kronawitter hatte nach eigenen Angaben im März 2007 angekündigt, allen, die am 30. Januar 2007 ihren Wohnsitz in dem Haus hatten, bevorzugte Mietverträge anzubieten. Voraussetzung sei allerdings die Zustimmung zu "notwendigen Modernisierungsmaßnahmen" sowie "die Akzeptanz einer bei sanierungsbedingtem Bedarf notwendigen adäquaten Umsetzwohnung". Für den Betrieb des bisher in dem Haus arbeitenden "Umsonstladens" bietet Kronawitter nach eigenen Worten einen Gewerbemietvertrag an. Kostenlose Räume hingegen müsse die öffentliche Hand den Bewohnern zur Verfügung stellen. *(mit ddp)*



Berliner Umschau

1. August 2007

Massiver Polizeieinsatz in der Brunnenstraße 183

Von Kurt Blaschke

Rund 600 Polizisten haben am Morgen das alternative Wohnprojekt in der Berliner Brunnenstraße 183 durchsucht. Nach Medienberichten soll durch die vom Hauseigentümer beauftragte Aktion festgestellt werden, wer sich illegal in dem Gebäude aufhält.



Nach Auffassung der Bewohner handelt es sich bei dabei um einen reinen Vorwand. Demnach geht der Eigentümer seit Monaten gegen das Projekt vor, dass in einem Sanierungsgebiet liegt. Die Rechtsanwältin der Bewohner, Vera Hacke, wird bei Indymedia mit den Worten zitiert: „Eine rechtliche Grundlage für eine solche 'Personenfeststellung' in der Brunnenstraße 183 ist nicht ersichtlich. ... Wir werden alle juristischen Mittel ausschöpfen, um die Rechte der MieterInnen zu schützen.“

Der Meldung zu Folge kam es bei der Durchsuchung zu Festnahmen. Auch soll Eigentum von Bewohnern beschädigt worden sein. Eine unabhängige Bestätigung lag bislang nicht vor. Die Polizei gab noch keine Pressemeldung heraus.



<http://de.indymedia.org/2007/08/189595.shtml>

Razzia in der Brunnenstrasse 183 – Berlin

Soli 01.08.2007 08:44

Heute morgen gegen 7 Uhr riegelten rund 600 Bullen die Brunnenstrasse am Rosentahler Platz ab und drangen in das Hausprojekt Brunnenstrasse 183 in Berlin ein. Sie verschafften sich gewaltsam Zugang zum Haus und riegelten es ab. Vorwand der Aktion ist ein Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Mitte für das gesamte Haus in dem eine "Personenfeststellung" angeordnet wird.

Seit mehr als einem Jahr geht der neue Hausbesitzer Manfred Kronawitter (Passau) mit allen Mitteln gegen das Projekt vor. Während er die MieterInnen des Hausprojektes mit einer Flut von Räumungsklagen überzieht hat er nun offenbar das Gericht auch dazu bewegen können der Polizei die Möglichkeit für eine Razzia im Haus zu geben.

Die sogenannte „Personenfeststellung“ soll offenbar damit legitimiert werden, dass man dem Hauseigentümer Rechtshilfe leisten wolle, da ihm vermeintlich der Rechtsweg gegen die BewohnerInnen verstellt sei.

Nach Meinung der Rechtsanwältin des Projektes Vera Hacke ist eine solche Argumentation grober Unfug. Die laufenden Verfahren zeigen vielmehr, dass der Rechtsweg keineswegs verstellt ist und dass die Rechte der MieterInnen in der Brunnenstraße 183 ernst zu nehmen sind. „Eine rechtliche Grundlage für eine solche 'Personenfeststellung' in der Brunnenstraße 183 ist nicht ersichtlich“, erklärt Hacke: "Wir werden alle juristischen Mittel ausschöpfen, um die Rechte der MieterInnen zu schützen." Die anwendenden Polizeihundertschaften belassen es dabei freilich nicht bei der erlaubten "Personenfeststellung", sondern haben bereits erste Personen festgenommen, Räumlichkeiten durchsucht sowie Eigentum der BewohnerInnen zerstört. Auch den in dem Haus befindlichen "Umsonstladen" verschonen sie nicht.

Die Bewohner rufen deshalb alle UnterstützerInnen des Projektes auf Sie in Ihrem Kampf zu unterstützen und in die Brunnenstrasse zu kommen.

Für weitere Soli-Aktionen hier die Internetseite des Hauseigentümers: www.praxis-kronawitter.de

Großaufgebot durchsucht linkes Hausprojekt - 600 Polizisten überprüfen Personendaten der Bewohner in der Brunnenstraße 183 --Von Mirko Hertrich--

Mit einem Großaufgebot hat die Berliner Polizei am Mittwochmorgen ein alternatives linkes Wohnprojekt in Mitte durchsucht. Ziel sei die Feststellung der Personendaten der Bewohner in dem Haus in der Brunnenstraße 183, sagte der Justiziar der Berliner Polizei, Oliver Tölle. Hierzu habe ein Beschluss des Amtsgerichts Tiergartens wegen des Verdachts auf Hausfriedensbruch vorgelegen. Der Justiziar betonte, dass das Gebäude von den Beamten nicht geräumt wurde. An der Aktion waren rund 600 Beamte beteiligt. Den Durchsuchungsbeschluss hatte der neue Eigentümer des vierstöckigen Mietshauses erwirkt, der Passauer Arzt Manfred Kronawitter.

Berlin (ddp-blm). Mit einem Großaufgebot hat die Berliner Polizei am Mittwochmorgen ein alternatives linkes Wohnprojekt in Mitte durchsucht. Ziel sei die Feststellung der Personendaten der Bewohner in dem Haus in der Brunnenstraße 183, sagte der Justiziar der Berliner Polizei, Oliver Tölle. Hierzu habe ein Beschluss des Amtsgerichts Tiergartens wegen des Verdachts auf Hausfriedensbruch vorgelegen. Der Justiziar betonte, dass das Gebäude von den Beamten nicht geräumt wurde. An der Aktion waren rund 600 Beamte beteiligt. Den Durchsuchungsbeschluss hatte der neue Eigentümer des vierstöckigen Mietshauses erwirkt, der Passauer Arzt Manfred Kronawitter. Bei der Durchsuchung wurden laut Polizei 31 Personen angetroffen. Gegen einen Bewohner sei ein vorliegender Haftbefehl wegen Drogenbesitzes vollstreckt worden. Insgesamt sei die Aktion ohne Zwischenfälle verlaufen.

Einsatzkräfte begründeten die hohe Zahl der Beamten mit möglichen spontanen Solidaritätskundgebungen. Das Grünen-Mitglied im Innenausschuss, Benedikt Lux, betonte, es sei «vollkommen unverständlich», wieso die Berliner Polizei mit einem solchen Aufgebot an den Start geht. Polizei und Senatsinnenverwaltung dürften es schwer haben, die Effektivität dieses Einsatzes und die Kosten gegenüber den Steuerzahlern zu rechtfertigen. Lux hob zugleich die Wichtigkeit des sozialen Hausprojektes für den Kiez hervor. Der Hauseigentümer Kronawitter teilte mit, dass die Aktion «überfällig» gewesen sei. Die Bewohner des Hauses hätten selbst bei mehreren Gesprächsrunden über die Zukunft des Wohnprojekts ihre Identität geheim gehalten. Aus diesem Grund sei kein anderer Weg geblieben als die Personenfeststellung durch die Polizei, um «die Namen der sich als Mieter bezeichnenden Bewohner erfahren zu können». Die Rechtsanwältin des Hausprojekts, Vera Hacke, sagte, die Bewohner seien geschockt von der Polizeiaktion. Sie betonte zugleich, dass das Gebäude nicht besetzt sei. Es bestünden Mietverträge, von denen zahlreiche mit der Vorbesitzerin mündlich geschlossen worden seien. Der Hausbesitzer verweigere aber die Mietannahme, da er die Mieter «raus haben» wolle. In dem Haus hatte sich nach Angaben der Bewohner Mitte der 90er Jahre ein alternatives Wohnprojekt gebildet. In ihm lebten Künstler und Studenten. Der älteste Bewohner ist 80 Jahre alt. Zugleich betreiben sie den «Umsonstladen». Dort werden gesammelte Gebrauchsgegenstände kostenfrei weitergegeben. Der frühere Eigentümer, die Eurohypo Bank AG, hat dem Hausprojekt zufolge das Gebäude an den privaten Investor verkauft. Bei dem neuen Besitzer handelt es sich dem Vernehmen nach um den Vater des Berliner Linksaktivisten und Arztes, Michael Kronawitter. Dieser wollte hierzu auf Anfrage keine Angaben machen. Er betonte, dass selbst wenn eine Verwandtschaft bestehen sollte, es keine «Sippenhaft» gibt. Zugleich unterstrich der ehemalige WASG-Kandidat bei der Abgeordnetenhauswahl, dass er das Projekt weiter unterstützen werde und mit den Bewohnern in Kontakt stehe. Der Hauseigentümer kündigte unterdessen an, dass er sein Angebot für «bevorzugte Mietverträge» aufrechterhalten werde. Für den «Umsonstladen» hatte er im Vorfeld einen Gewerbemietvertrag vorgeschlagen. Voraussetzung sei allerdings die Zustimmung zu «notwendigen Modernisierungsmaßnahmen». (Polizeisprecherin, Tölle, Hacke und Michel Kronawitter auf Anfrage, Manfred Kronawitter und Lux in Mitteilung) ddp/mio/muc

1. August 2007

Großaufgebot durchsucht linkes Hausprojekt

Berlin (ddp-blm). Mit einem Großaufgebot hat die Berliner Polizei am Mittwochmorgen ein alternatives linkes Wohnprojekt in Mitte durchsucht. Ziel sei die Feststellung der Personendaten der Bewohner in dem Haus in der Brunnenstraße 183, sagte der Justiziar der Berliner Polizei, Oliver Tölle. Hierzu habe ein Beschluss des Amtsgerichts Tiergartens wegen des Verdachts auf Hausfriedensbruch vorgelegen. Der Justiziar betonte, dass das Gebäude von den Beamten nicht geräumt wurde. An der Aktion waren knapp 600 Beamte beteiligt. Den Durchsuchungsbeschluss hatte der neue Eigentümer des vierstöckigen Mietshauses erwirkt, der Passauer Arzt Manfred Kronawitter.

Bei der Durchsuchung wurden laut Polizei 31 Personen angetroffen. Gegen einen Bewohner sei ein vorliegender Haftbefehl wegen Drogenbesitzes vollstreckt worden. Insgesamt sei die Aktion ohne Zwischenfälle verlaufen. Polizeipräsident Dieter Glietsch betonte, dass die Verhältnismäßigkeit bei dem Einsatz «ohne Zweifel» gewahrt worden sei. Die Erfahrungen mit vergleichbaren Anlässen hätten gezeigt, dass Probleme vermieden werden könnten, wenn ausreichend starke Kräfte «für alle Eventualitäten» vorgehalten würden.

Das Grünen-Mitglied im Innenausschuss, Benedikt Lux, betonte, es sei «vollkommen unverständlich», wieso die Berliner Polizei mit einem solchen Aufgebot an den Start geht. Polizei und Senatsinnenverwaltung dürften es schwer haben, die Effektivität dieses Einsatzes und die Kosten gegenüber den Steuerzahlern zu rechtfertigen. Lux hob zugleich die Wichtigkeit des sozialen Hausprojektes für den Kiez hervor.

Der Hauseigentümer Kronawitter teilte mit, dass die Aktion «überfällig» gewesen sei. Die Bewohner des Hauses hätten selbst bei mehreren Gesprächsrunden über die Zukunft des Wohnprojekts ihre Identität geheim gehalten. Aus diesem Grund sei kein anderer Weg geblieben als die Personenfeststellung durch die Polizei, um «die Namen der sich als Mieter bezeichnenden Bewohner erfahren zu können».

Die Rechtsanwältin des Hausprojekts, Vera Hacke, sagte, die Bewohner seien geschockt von der Polizeiaktion. Sie betonte zugleich, dass das Gebäude nicht besetzt sei. Es bestünden Mietverträge, von denen zahlreiche mit der Vorbesitzerin mündlich geschlossen worden seien. Der Hausbesitzer verweigere aber die Mietannahme, da er die Mieter «raus haben» wolle.

In dem Haus hatte sich nach Angaben der Bewohner Mitte der 90er Jahre ein alternatives Wohnprojekt gebildet. In ihm lebten Künstler und Studenten. Der älteste Bewohner ist 80 Jahre alt. Zugleich betreiben sie den «Umsonstladen». Dort werden gesammelte Gebrauchsgegenstände kostenfrei weitergegeben.

Der frühere Eigentümer, die Eurohypo Bank AG, hat dem Hausprojekt zufolge das Gebäude an den privaten Investor verkauft. Bei dem neuen Besitzer handelt es sich dem Vernehmen nach um den Vater des Berliner Linksaktivisten und Arztes, Michael Kronawitter.

Dieser wollte hierzu auf Anfrage keine Angaben machen. Er betonte, dass selbst wenn eine Verwandtschaft bestehen sollte, es keine «Sippenhaft» gibt. Zugleich unterstrich der ehemalige WASG-Kandidat bei der Abgeordnetenhauswahl, dass er das Projekt weiter unterstützen werde und mit den Bewohnern in Kontakt stehe.

(ddp)

1. August 2007

Polizei durchsucht Hausprojekt

Die Berliner Polizei hat am Mittwoch in einem Großeinsatz das Hausprojekt Brunnenstraße 183 mit dem Berliner "Umsonstladen" in Mitte durchsucht. Die Beamten sollten auf Anordnung des Amtsgerichts Tiergarten feststellen, wer sich in dem Gebäudekomplex aufhält, wie eine Polizeisprecherin mitteilte. Ein Mann sei festgenommen worden, da wegen eines Drogendelikts ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Rund 600 Polizeibeamte waren im Einsatz. Weil die Brunnenstraße stundenlang gesperrt war, kam es seit den Morgenstunden zu erheblichen Verkehrsbehinderungen.



In der Brunnenstraße 183 im Sanierungsgebiet Rosenthaler Vorstadt wohnen seit Mitte der 90er Jahre im Durchschnitt etwa 30 Alternative. Das Vorderhaus beherbergt seit 2001 den sogenannten Umsonstladen, in dem nicht mehr benötigte Artikel aller Art an Leute abgegeben werden können, die dafür noch Verwendung haben. Bestrebungen der Hausgemeinschaft, das Gebäude selbst zu kaufen, waren gescheitert. Seit Januar 2006 hat der Gebäudekomplex aus Vorderhaus, Seitenflügel und Hinterhaus einen neuen Privateigentümer, der das Anwesen sanieren lassen will. Dagegen wenden sich die Hausbewohner. (dpa)

Schweineherbst

<http://schweineherbst.de/2007/08/01/600-polizisten-f-r-personenkontrolle>

600 Polizisten für Personenkontrolle

von docque

Heute Morgen um 07:00 wurde das Wohnprojekt in der Brunnenstraße 183 von der Polizei umstellt und durchsucht um die Personalien der Menschen die sich zu der Zeit in dem Haus aufhielten festzustellen. Wenn man sich das so durchliest, ärgert man sich vielleicht, aber leider gehören solche Meldungen in Berlin zum Alltag.



Aber schauen wir uns die Situation genauer an, heute Morgen tauchten 600 Polizisten in der Brunnenstraße auf, um einen Durchsuchungsbeschluss des Amtsgericht Tiergarten, der der Personenfeststellung dienen sollte, zu vollstrecken. Aber nicht die Personenfeststellung aller Leute die in der Straße wohnen, sondern nur von den Menschen die sich in einem Flügel des Hauses aufhielten, die Rede ist hier von 31 Personen. Eine weitere interessante Tatsache ist das die Polizei die Vattenfall und GasAG (es gibt keinen Gasanschluss...) im Schlepptau hatten. Vattenfall hat, trotz regelmäßig gezahlter Rechnungen und eine Guthaben der Bewohner bei Vattenfall, den Strom abgestellt.



<http://www.abrissberlin.de/blog/>

ABRISS DATE: Brunnen 183 - jetzt

Abriss Ghost, 1. August 2007

Razzia in der Brunnenstraße 183

Um 7 Uhr riegeln mehrere hundert PolizistInnen die Brunnenstraße am Rosenthaler Platz ab und dringen gewaltsam in das Hausprojekt Brunnenstraße 183 ein. Vorwand ist ein Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Mitte, in dem eine "Personenfeststellung" angeordnet wird.

Seit mehr als einem Jahr geht der neue Hausbesitzer, Manfred Kronawitter (Passau), mit allen Mitteln gegen das Projekt vor. Während er die MieterInnen des Hausprojektes mit einer Flut von Räumungsklagen überzieht, hat er nun offenbar das Gericht auch dazu bewegen können, der Polizei die Möglichkeit für eine Razzia im Haus zu geben. Die "Personenfeststellung" soll offenbar damit legitimiert werden, dass man dem Hauseigentümer Rechtshilfe leisten wolle, da ihm vermeintlich der Rechtsweg gegen die BewohnerInnen verstellt sei. Nach Meinung der Rechtsanwältin des Projektes, Vera Hacke, ist eine solche Argumentation grober Unfug. Die laufenden Verfahren zeigen vielmehr, dass der Rechtsweg keineswegs verstellt ist und dass die Rechte der MieterInnen in der Brunnenstraße 183 ernst zu nehmen sind. "Eine rechtliche Grundlage für eine solche 'Personenfeststellung' in der Brunnenstraße 183 ist nicht ersichtlich", erklärt Hacke. "Wir werden alle juristischen Mittel ausschöpfen, um die Rechte der MieterInnen zu schützen."

Die anwesenden Polizeihundertschaften belassen es nicht bei der erlaubten "Personenfeststellung", sondern haben bereits erste Personen festgenommen, Räumlichkeiten durchsucht sowie Eigentum der BewohnerInnen zerstört. Auch den im Haus befindlichen Umsonstladen verschonen sie nicht. Die BewohnerInnen rufen deshalb alle UnterstützerInnen des Projektes auf, sie in Ihrem Kampf zu unterstützen und in die Brunnenstraße zu kommen.



<http://www.kewego.de/video/iLyROoaftmbV.html>

1. August 2007

Beschreibung

Brunnenstraße 183 - ein Haus im Sanierungsgebiet Rosenthaler Vorstadt. Seit Mitte der 90er Jahre wohnen hier im Durchschnitt etwa 30 Alternative. Bestrebungen der Hausgemeinschaft, das Gebäude zu kaufen, scheiterten. Seit Januar 2006 gibt es einen neuen Privateigentümer aus Passau, der das Anwesen sanieren lassen will. Dagegen wenden sich nun die Hausbewohner. Sie fordern seit Monaten Verhandlungen über die Zukunft des Hausprojekts und berufen sich darauf, dass in dem Sanierungsgebiet Altbauerneuerungen mit den Betroffenen abgestimmt werden müssten. Der Eigentümer hält sein Haus dagegen für teilweise besetzt. Er hatte sich beklagt, nicht zu wissen, wer in welcher Wohnung wohnt. Und so waren heute per gerichtsbefehl Polizeibeamte vor Ort um genau das zu klären.